

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Amerika
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Michael Kolkmann

Die Presidential Debates in den USA

Entwicklung und Bedeutung der
Fernsehdebatten im amerikanischen
Präsidenschaftswahlkampf

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Inhalt

1. Bedeutung der Debatten.....	3
2. Rückblick: der lange Weg zu den heutigen Fernsehdebatten	3
3. Die Debatten im Wahlkampf 2004.....	5
4. Kritik am gegenwärtigen Debatten-Modus und mögliche Reformansätze	6
5. Ausblick: Einfluß der Debatten auf die Wahl.....	7

Mit dem Labor Day am 6. September 2004 hat die heiße Phase des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes begonnen. Dabei kommt bis zum Wahltag am 2. November 2004 den Fernsehdebatten (Presidential Debates) der Präsidentschaftskandidaten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Insbesondere der Demokratische Kandidat John F. Kerry (<http://www.johnkerry.com>) verspricht sich viel von den Debatten, da nach den Parteitage der beiden großen Parteien abgehaltene Umfragen ihn mit einem Rückstand von drei bis elf Prozentpunkten gegenüber seinem Konkurrenten, Präsident George W. Bush (<http://www.georgewbush.com>), zeigen. Zwar konnte Bush, gemessen an den Werten früherer Amtsinhaber nach ihren Parteitage, nur verhältnismäßig leicht zulegen, insgesamt ist aber nach Monaten des Gleichstands Bewegung in die Umfragewerte gekommen.

1. Bedeutung der Debatten

Für die Kandidaten stellen die Debatten die letzte und vielleicht entscheidende Möglichkeit im Wahlkampf dar, sich mit ihren politischen Positionen über das Fernsehen an eine breite Öffentlichkeit zu wenden. In den vergangenen Präsidentschaftswahlkämpfen schauten zwischen 50 Millionen (2000) und 90 Millionen (1992) Zuschauer die Fernsehdebatten, die für die Kandidaten eine vergleichsweise kostengünstige Gelegenheit bieten, ein maximales nationales Publikum anzusprechen, für dessen Erreichen sie sonst mehrere Dutzend Millionen US-Dollar ausgeben müßten. Es ist zudem ein interessiertes Publikum, das die Debattenverfolgt. Eine Untersuchung des Wahlkampfes 1992 zwischen Bill Clinton, George H.W. Bush und Ross Perot hat gezeigt, daß das Wissen über die politischen Ziele der Kandidaten bei Zuschauern der Debatten um 30 Prozent zunahm. Forscher der University of Pennsylvania führten im Wahljahr 2000 100.000 Interviews mit Debattenzuschauern und stellten eine deutliche Steigerung an Interesse und politischem Wissen in der befragten Wählerschaft fest. Für das Jahr 2004 gab in einer Umfrage (<http://peoplepress.org/reports/display.php3?ReportID=224>) eine Mehrheit von 61 Prozent der befragten eingetragenen Wähler Mitte September an, sich die diesjährigen Debatten anschauen zu wollen, verglichen mit jeweils 43 Prozent in den Wahlkämpfen von 2000 und 1996.

Mit den Debatten allein kann man in den USA die Präsidentschaft nicht gewinnen, sehr wohl aber verlieren. Schon durch eine mißlungene Antwort eines Kandidaten kann sich eine Eigendynamik entwickeln, deren Konsequenzen für die Wahl meist nicht abzuschätzen sind. So blieb den Zuschauern im Jahr 1992 vor allem das Bild eines ungeduldig auf die Uhr schauenden Präsidenten Bush im Gedächtnis und erinnerte sie daran, daß seine Zeit im Weißen Haus abgelaufen sein könnte. Zwar bieten Debatten nur in den seltensten Fällen eine Möglichkeit, etwa den Regierungsstil eines Kandidaten kennenzulernen. Aber des Öfteren haben Kandidaten persönliche Charakteristika offenbart, die sie am liebsten nicht öffentlich gemacht hätten. So etwa als Jimmy Carter in der Debatte mit Ronald Reagan 1980 sagte, daß er, nachdem er seine Tochter Amy konsultiert hätte, überzeugt sei, daß die Kontrolle von Nuklearwaffen die größte Priorität für die internationale Sicherheit sei – eine Einschätzung, die sicher viele Beobachter teilten, es aber wohl verwunderlich fanden, daß Carter erst nach Konsultation einer Heranwachsenden zu dieser Erkenntnis gelangt war.

2. Rückblick: der lange Weg zu den heutigen Fernsehdebatten

Die großen Debatten der amerikanischen Politik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fanden nicht im Präsidentschaftswahlkampf statt, sondern im amerikanischen Kongreß. Da es zu jener Zeit noch keine Ausschüsse gab, debattierten die Abgeordneten die Themen des Tages in Anwesenheit aller Kollegen in den Plenen der beiden Kongreßkammern. 1840 wagte es mit William Henry Harrison erstmals ein Präsidentschaftskandidat, im Wahlkampf für die eigene Person zu werben. Gewonnen hat er die Wahl jedoch nach Meinung von Beobachtern nicht aufgrund seines Wahlkampfes, sondern durch die Zerstrittenheit der gegnerischen Partei.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in Präsidentschaftswahlkämpfen zu öffentlichen Debatten der aufeinandertreffenden Kandidaten, zunächst jedoch ausschließlich im Vorfeld der jeweiligen Vorwahlentscheidungen der beiden großen Parteien. So debattierten die Republikaner Harold Stassen und Thomas Dewey 1948 im Vorwahlkampf von Oregon – eine Debatte, die vom Radio übertragen wurde. Im Mai 1952 kam es zur ersten Fernsehdebatte, als Republikanische und Demokratische Parteivertreter auf dem Jahrestreffen der League of Women Voters vor laufenden Kameras auf Fragen antworteten. Im Mai 1956 trafen sich die Demokraten Estes Kefauver und Adlai Stevenson unmittelbar vor der Vorwahl in Florida zu einer im Fernsehen übertragenen Debatte.

Bereits im Sommer 1952 hatte ein Senator aus Michigan, der Demokrat Blair Moody, öffentlich eine Debatte zwischen den Präsidentschaftskandidaten beider großer Parteien angeregt. Die Fernsehanstalten NBC und CBS erklärten sich kurzerhand bereit, kostenlos Sendezeit zur Verfügung zu stellen, aber sowohl der Kandidat der Demokraten, Adlai Stevenson, als auch der Republikanische Kandidat, Dwight Eisenhower, lehnten das Angebot ab. Acht Jahre später war es jedoch soweit. Mit Vizepräsident Richard Nixon und John F. Kennedy, dem Senator aus Massachusetts, trafen im Wahlkampf von 1960 erstmals die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien in einer vom Fernsehen übertragenen Debatte aufeinander. Dabei zeigte sich, daß Nixon die neuen Wahlkampfbedingungen im Zeitalter des Fernsehens völlig unterschätzte und ihm das Fernsehen zum Verhängnis wurde. Durch das Studiolicht schlecht ausgeleuchtet, durch einen längeren Krankenhausaufenthalt wenige Tage vor der Debatte geschwächt sowie durch den Verzicht auf fernsehgerechtes Make-Up konnte er gegen seinen braungebrannten und entspannt wirkenden jungen Herausforderer Kennedy visuell nichts ausrichten. Interessanterweise empfand eine Mehrheit der Radiohörer, daß Nixon die Debatte gewonnen habe, die Mehrheit der Fernsehzuschauer jedoch sah die Vorteile eindeutig auf Seiten Kennedys.

Nach dieser ersten Fernsehdebatte im Jahre 1960 sollte es sechzehn Jahre dauern, bis es erneut zu Fernsehdebatten der Kandidaten kam. Zwar hatte Präsident Kennedy zu Beginn seiner Amtszeit durchblicken lassen, daß er auch im Wahlkampf 1964 an Fernsehdebatten teilnehmen würde, aber seine Nachfolger lehnten unisono weitere Debatten ab. Daß bis zu diesem Zeitpunkt nur eine einzige Fernsehdebatte stattgefunden hatte, hatte vor allem rechtliche Gründe. Gemäß des Communications Act von 1934 war bei TV-Debatten allen antretenden Kandidaten seitens der übertragenden Fernsehanstalten die gleiche Redezeit einzuräumen. Das hätte für 1960 bedeutet, daß mit Farrell Dobbs auch der Kandidat der Sozialistischen Arbeiterpartei hätte eingeladen werden müssen. Um dies zu verhindern, hob der Kongreß im Jahre 1960 den entsprechenden Passus auf, um ein exklusives Duell zwischen Nixon und Kennedy zu ermöglichen. Irrelevant wurde diese Regelung erst im Jahre 1976, als von staatlicher Seite erklärt wurde, von externen Gremien veranstaltete Debatten unterlägen keinen gesetzgeberischen Vorbehalten.

Mit Gerald Ford nahm im Jahre 1976 erstmals ein amtierender Präsident an Debatten teil. Die Präsidenten Lyndon B. Johnson und Richard Nixon hatten sich zuvor geweigert teilzunehmen. Ein wichtiger Grund dafür war, den Herausforderer durch die eigene Teilnahme an Debatten nicht aufzuwerten. Nixon brachte diese Überlegung auf den Punkt, als er vor der Wahl 1968 intern sagte, eine Debattenteilnahme sei „schlechte Taktik, wenn man so weit in Führung liegt“ wie es bei ihm zum damaligen Zeitpunkt der Fall war. Öffentlich lehnte Nixon Debatten unter Hinweis auf die potentielle Anwesenheit eines dritten, unabhängigen Präsidentschaftskandidaten, George Wallace, ab.

Im Präsidentschaftswahljahr 1984 trafen sich die Vorsitzenden der beiden großen Parteien, Charles Mannat und Frank Fahrenkopf, mehrfach, um eine eigene Organisation der Fernsehdebatten zu verabreden. Bis einschließlich 1984 waren die Debatten von der League of Women Voters (LWV) organisiert worden; die Verhandlungen der Wahlkampagnen mit dieser Gruppe hatten sich jedoch als zunehmend schwierig erwiesen. Im Wahlkampf 1988 sollten eine neu eingerichtete Commission on Presidential Debates (CPD) (<http://www.debates.org>) und die LWV die Debatten im Wahlkampf gemeinsam ausrichten. Als die beiden Wahlkampagnen den vorgesehenen Ausrichtern jedoch ein sehr detailliertes, intern ausgehandeltes Memorandum of Understanding mit den gewünschten Bedingungen für die geplanten Debatten übergaben, war die CPD die einzige Organisation, die sich auf diese Vorgaben einließ. Die Verantwortlichen der LWV zogen sich daraufhin nach heftiger Kritik am konkreten Prozedere aus der Organisation der Präsidentschaftsdebatten zurück. Seitdem liegt die organisatorische Durchführung der Präsidentschaftsdebatten bei der CPD. Die Idee, die hinter der Etablierung der CPD stand, war, durch möglichst frühzeitige Verhandlungen über die logistischen Details

eine direkte Diskussion über die Debatten aus der heißen Wahlkampfphase herauszuhalten und die Kandidaten dazu zu bringen, den von der Kommission vorgeschlagenen Bedingungen ohne Vorbehalte zuzustimmen. Seitdem fungiert die CPD als offizieller Sponsor der Präsidentschaftsdebatten. In den folgenden Wahlkämpfen gab es in der Regel zwischen drei und vier Debatten, einschließlich einer Debatte für die Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten. Auch das 1992 erstmals eingeführte Format des Townhall Meetings, bei dem interessierte Bürger Fragen an die Kandidaten richten dürfen, wurde in den folgenden Wahlkämpfen kopiert, wobei die meisten Debatten weiterhin von Journalisten moderiert wurden.

3. Die Debatten im Wahlkampf 2004

Am 13. März 2004 forderte der als Demokratischer Präsidentschaftskandidat so gut wie feststehende Senator John Kerry Präsident Bush zu sechs Fernsehdebatten heraus. Diese sollten einmal monatlich in den sogenannten Battleground States stattfinden, in Staaten also, die für den Gewinn der Präsidentschaftswahl im November 2004 von zentraler Wichtigkeit sein würden, nämlich Arizona, Florida, Missouri, Ohio, Pennsylvania und Washington. Schon wenige Wochen zuvor hatte Kerry Bush zu spezifischen Themendebatten herausgefordert, von Seiten der Bush-Wahlkampagne aber keine Antwort erhalten.

Als die CPD im Juli 2004 einen Vorschlag mit drei Präsidentschafts- und einer Vizepräsidentenchaftsdebatte präsentierte, war Kerry der erste Kandidat, der seine Teilnahme an den Debatten zusagte. Bush zögerte zunächst mit einer Reaktion, gab dann aber seiner grundsätzlichen Bereitschaft Ausdruck, an Debatten teilzunehmen. Damit wollte er vermutlich verhindern, ähnlich stark in die Kritik zu geraten wie sein Vater, der sich im Wahlkampf 1992 lange Zeit vor einer Entscheidung gedrückt hatte. Erst als bei den öffentlichen Wahlkampfauftritten Bushs Aktivisten der Demokratischen Partei in Hühnerkostümen auftraten und sowohl Bush als auch die Öffentlichkeit an dessen Zögern erinnerten, signalisierte er umgehend seine Bereitschaft, an den Debatten teilzunehmen. Als „Chicken George“ wollte Bush sich nicht verstanden wissen.

Stimmen beide Wahlkampagnen dem Vorschlag der CPD zu, so wird es im Herbst 2004 zu insgesamt vier jeweils neunzigminütigen Debatten kommen. Drei der Debatten werden von den Präsidentschaftskandidaten der beiden Parteien bestritten, eine weitere Debatte findet zwischen den Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, Dick Cheney für die Republikaner und John Edwards für die Demokraten, statt. Am Donnerstag, dem 30. September 2004, treffen Bush und Kerry an der University of Miami in Coral Gables/Florida erstmals aufeinander. In dieser Debatte wird es explizit um innen- und gesellschaftspolitische Fragestellungen gehen. Wenige Tage später, am 5. Oktober 2004, bestreiten Cheney und Edwards an der Case Western Reserve University in Cleveland/Ohio die Debatte der Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, die sich gleichermaßen innen- wie außenpolitischen Gegenständen zuwenden wird. Die dritte und vierte Debatte vereinen wieder die Präsidentschaftskandidaten Bush und Kerry, am 8. Oktober 2004 zunächst an der Washington University in St. Louis/Missouri und am 13. Oktober 2004 schließlich an der Arizona State University in Tempe/Arizona. Die dritte Debatte soll als Town Hall Meeting konzipiert werden, bei dem die vom Umfrageinstitut Gallup repräsentativ ausgewählten, in der Wahlfrage noch unentschiedenen Zuschauer im Publikum eigene Fragen an die Kandidaten richten können. Die vierte Debatte wird sich ausschließlich um außenpolitische Fragen drehen. Die Debatten werden zur besten Sendezeit abends um 21 Uhr (Ostküstenzeit) landesweit im Fernsehen übertragen. Als Moderatoren der Debatten konnte die Kommission mit John Lehrer, Gwen Ifill, Charles Gibson und Bob Schieffer führende Journalisten des amerikanischen Fernsehjournalismus gewinnen.

Für die endgültigen und verbindlichen Verhandlungen über die logistischen Details der Debatten haben beide Seiten einige ihrer prominentesten Vertreter aufgeboten, die derzeit damit beschäftigt sind, die von der Kommission in ihrem Vorschlag offengelassenen Fragen zu klären. Für die Bush-Kampagne führt der ehemalige Außenminister und Stabschef im Weißen Haus, James Baker, die Verhandlungen, für die Demokraten sitzt der frühere Clinton-Vertraute Vernon Jordan am Verhandlungstisch. Bis ins kleinste Detail werden die Debatten von beiden Seiten geregelt. Selbst die durchschnittliche Raumtemperatur, die Farbe des Hintergrunds, die Höhe der

Stehpulte, die Zahl der Fragen sowie die Länge der Antworten werden in einem Dokument schriftlich kodifiziert.

Auch in diesem Jahr dürfte eine Diskussion darüber entflammen, ob Ralph Nader als Kandidaten einer Dritten Partei bzw. als unabhängigen Kandidaten das Recht zustehen sollte, an den Präsidentschaftsdebatten teilzunehmen. Nach der derzeit aktuellen Regelung der CPD werden diese dann zu den Debatten eingeladen, wenn sie in fünf unabhängig voneinander durchgeführten, repräsentativen Umfragen auf mehr als 15 Prozent der Stimmen kommen. Dieser Wert dürfte in diesem Jahr für Nader nicht zu erreichen zu sein, zumal er bei weitem nicht in allen Bundesstaaten auf dem Wahlzettel stehen wird. Von daher erscheint eine Meßlatte von 15 Prozent für die Teilnahme an Debatten willkürlich gewählt und absichtlich hoch gelegt. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die CPD von den beiden großen Parteien, Republikanern und Demokraten, dominiert wird und die Mitglieder der Kommission bestrebt sind, weitere Kandidaten als die ihrer eigenen Parteien von den Debatten fernzuhalten.

Gerade für die Kandidaten dritter Parteien und unabhängige Kandidaten böte die Teilnahme an den Fernsehdebatten ein Forum für ihre Ideen und politischen Vorstellungen vor einem Publikum, das sie im gewöhnlichen Wahlkampf aufgrund von mangelnden finanziellen und personellen Ressourcen nicht erreichen können.

4. Kritik am gegenwärtigen Debatten-Modus und mögliche Reformansätze

Am bestehenden Modell der Fernsehdebatten ist in den letzten Jahren vermehrt Kritik laut geworden. Vor allem die im Januar 2004 gegründete Gruppe Citizens' Debate Commission (CDC) (<http://www.opendebates.org>) hat sich eine Reform der Debatten zum Ziel gesetzt. Bereits nach den Debatten des Jahres 2000 hatte eine Vorgängerorganisation der Gruppe über die Internet-Seite ReclaimDemocracy (<http://www.reclaimdemocracy.org>) die Gründung dieser CDC gefordert. Zu den Mitgliedern der Kommission gehören etwa der unabhängige Präsidentschaftskandidat von 1980, John Anderson, der Gründer und Vorsitzende der konservativen Heritage Foundation, Paul Weyrich, der Vorsitzende der Wählervereinigung Rock the Vote, Jehmu Greene, sowie Angela Bay Buchanan, die Vorsitzende der Vereinigung The American Cause und Schwester des mehrmaligen Präsidentschaftskandidaten Patrick Buchanan. Die inhaltliche Kritik am gegenwärtigen Debattenmodus der CDC und anderer Kritiker konzentriert sich auf drei Bereiche: Auswahl der teilnehmenden Kandidaten, Ausschluß wichtiger Themen sowie die (zu) starke Betonung des Entertainment-Aspekts der Debatten. Die CDC kritisiert zunächst, daß die CPD lediglich die Kandidaten der beiden großen Parteien bevorzugen und hinter geschlossener Tür die Einzelheiten der Debatten aushandeln würde. Zudem fungiere die Kommission nach Veröffentlichung der Debattendetails als Blitzableiter für die Kandidaten, da jegliche Kritik am Debattenmodus sich auf die Kommission richte, nicht auf die Kandidaten. Als Beispiel führen die Kritiker den Wahlkampf von 1996 an, als es den Verhandlungsführern der Wahlkampagnen von Bill Clinton und Bob Dole gelang, den Kandidaten der Reform Party, Ross Perot, von den Debatten auszuschließen, obwohl dieser als unabhängiger Kandidat bei der Präsidentschaftswahl 1992 auf immerhin 19 Prozent der Stimmen gekommen war.

Kritiker werfen der Kommission zweitens vor, spezifische Politikbereiche und kritische Probleme in den Debatten auszusparen. Dieser Vorwurf trifft jedoch ins Leere, da es die Moderatoren sind, die die Verantwortung für Fragen und Nachfragen tragen und diese nicht im Voraus festgelegt werden können.

Beobachter kritisieren drittens die ihrer Meinung nach zu starke Betonung des Entertainment-Aspekts der Debatten. Statt den Lebenslauf und die Fähigkeiten eines Kandidaten daraufhin zu überprüfen, ob er ein guter Präsident sein werde, würde ausschließlich darauf geachtet, ob er im Fernsehen eine gute Performance abliefern kann.

Ihrer Kritik stellt die CDC einen ausführlichen Bericht (<http://www.opendebates.org/documents/REPORT2.pdf>) mit Reformansätzen gegenüber. Demzufolge sollen alle Kandidaten an den Debatten teilnehmen dürfen, sofern sie sich für öffentliche Wahlkampfmittel qualifizieren, also mindestens fünf Prozent der Wählerstimmen auf

sich vereinigen können und in ausreichend vielen Staaten auf dem Wahlzettel stehen, so daß sie theoretisch eine Mehrheit von 270 der 538 Elektorenstimmen erreichen könnten. Auch die Zahl der Debatten sollte erhöht werden, um allen relevanten Themen ausreichend Zeit widmen zu können. Nicht übersehen werden sollte in der Reformdiskussion allerdings die Tatsache, daß die Gestaltung und Durchführung der Debatte auch auf grundlegende Strukturmerkmale des amerikanischen politischen Systems verweist. So handelt es sich dabei um ein präsidentielles Regierungssystem mit zwei großen politischen Parteien. Dritte Parteien spielen in der Regel lediglich als Sicherheitsventil eine (temporäre) Rolle. Diese Parteien bringen Themen auf die politische Agenda, die dann häufig von den großen Parteien aufgegriffen werden und die Dritten Parteien somit obsolet werden lassen. Kandidaten Dritter Parteien und unabhängigen Kandidaten gelang es bislang nur selten, einen nennenswerten Prozentsatz an Stimmen zu bekommen und noch seltener, Elektorenstimmen zu gewinnen (siehe eine umfangreiche Übersicht hier – <http://www.uselectionatlas.org/USPRESIDENT/>).

Ein sinnvoller Ansatzpunkt für Reformen könnte jedoch in der Veränderung der Zusammensetzung der CPD liegen. Sie sollte nach Meinung einiger Experten zu einer neutralen, unparteiischen Kommission werden und sich nicht (mehr) ausschließlich aus Mitgliedern der Demokratischen und der Republikanischen Partei rekrutieren. Belebend würde sich überdies die Möglichkeit der Kandidaten auswirken, einander Fragen zu stellen sowie verbesserte Möglichkeiten der Moderatoren, bei unzureichender Beantwortung einer Frage Nachfragen stellen zu dürfen. Auch wäre es sinnvoll, Mitarbeiter der übertragenden Fernsehanstalten sowie Wissenschaftler und damit externe Expertise in die Kommission zu berufen. Es erscheint derzeit aber unwahrscheinlich, daß sich die beiden großen Parteien auf weitreichende Veränderungen einlassen, sind sie es doch selbst, die die Bedingungen für die Debatten determinieren können. Auch die Idee, die Debatten von den Fernsehanstalten ausrichten zu lassen, wie bereits 1960 einmal geschehen, sowie der von John Anderson vorgebrachte Vorschlag, mehrere Themendebatten abzuhalten, zu denen auch einschlägige sogenannte Single Issue-Kandidaten eingeladen werden könnten, dürften aus dem erwähnten Grund scheitern.

5. Ausblick: Einfluß der Debatten auf die Wahl

Die neu aufgeflamnte Diskussion um die Zahl, das Format und die Inhalte der Debatten im Wahlkampf 2004 unterstreicht das Bewußtsein beider politischen Seiten um die Wichtigkeit und vielleicht wahlentscheidende Bedeutung der Debatten. Einige Beobachter (http://www.uexpress.com/richardreeves/?uc_full_date=20040903) schreiben in diesen Tagen, daß die diesjährigen Präsidentschaftsdebatten die Wahl entscheiden werden. Damit liegen sie jedoch nur zum Teil richtig. Heute sind Präsidentschaftsdebatten weitgehend geplant und von beiden Seiten ähnlich straff durchstrukturiert wie die Wahlparteitage der beiden großen Parteien, einschließlich ihrer womöglich spontan erscheinenden Witze und Antworten.

Trotzdem gehören Debatten inzwischen zum festen Bestandteil der amerikanischen Wahlkämpfe. Das Risiko im Falle einer Verweigerung von Debatten durch einen Kandidaten wäre heute zu hoch, um ernsthaft in Erwägung gezogen zu werden, da die Fallhöhe mit dem zu erwartenden kritischen Echo in Medien und Öffentlichkeit mittlerweile zu groß wäre. Debatten allein entscheiden in der Regel die amerikanische Präsidentschaftswahl nicht, aber sie können einen herrschenden Trend verstärken. Einer Studie (<http://peoplepress.org/reports/print.php3?PageID=146>) des Pew-Research Center for the People and the Press zufolge empfanden nahezu zwei Drittel der Wähler die Fernsehduelle von Bush und Gore im Wahlkampf 2000 als hilfreich für ihre Wahlentscheidung. Im Jahre 1996 hatten lediglich 41 Prozent so geurteilt. Insbesondere jüngere Wähler scheinen die Fernsehduelle beeinflusst zu haben. Insgesamt 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler unter 30 Jahren behaupteten der Studie zufolge, sie hätten ihre definitive Wahlentscheidung zur Zeit der Fernsehduelle getroffen.

So sehr und so gut die Debatten vorbereitet und durchgeführt werden, vor technischen Pannen sind Veranstalter wie Teilnehmer nicht gefeit. So kam es in der Debatte im Jahre 1976 zwischen Präsident Ford und seinem Herausforderer Jimmy Carter zu technischen Problemen, woraufhin die Mikrofone ausfielen. Während Techni-

ker auf der Bühne fieberhaft nach der Ursache suchten und sie nach geraumer Zeit endlich fanden, blieben Ford und Carter vor einem Live-Publikum von 70 Millionen Zuschauern angestrengt stehen, da sie fürchteten, ein Hinsetzen werde als Schwäche ausgelegt. So standen die Kontrahenten und schauten bemüht in die Ferne – volle 27 Minuten lang.